

Thomas Url

Lebensversicherung leidet weiterhin unter niedrigem Zinsniveau

Das Jahr 2012 war für die österreichische Versicherungswirtschaft durch schrumpfende Prämieinnahmen gekennzeichnet. Die Einmalerlöge in der Lebensversicherung nahmen neuerlich ab, doch auch in der Schaden-Unfallversicherung ging die Ausweitung der Prämieinnahmen überwiegend auf Preissteigerungen zurück. Die Entwicklung in Österreich folgte damit dem westeuropäischen Muster. Die Finanzerträge erholten sich 2012 wegen des deutlich geringeren Abschreibungsbedarfes auf Veranlagungen in festverzinsliche Wertpapiere. Niedrige Zinssätze auf sichere Staatsanleihen beeinträchtigten jedoch das Neugeschäft.

Begutachtung: Josef Baumgartner • Wissenschaftliche Assistenz: Ursula Glauninger • E-Mail-Adressen: Thomas.Url@wifo.ac.at, Ursula.Glauninger@wifo.ac.at

Erstmals seit 1997, als steuerbedingte Sondereffekte das Ergebnis negativ beeinflussen, schrumpften 2012 die Prämieinnahmen der österreichischen Privatversicherungswirtschaft. Getragen war diese Entwicklung von der anhaltend rückläufigen Lebensversicherung (–6,5%) und der schwachen Zunahme der Prämien in der Schaden-Unfallversicherung (+2,1%). Die private Krankenversicherung zeigte sich 2012 gegenüber dem schwachen wirtschaftlichen Umfeld robust und setzte mit +3,4% die kontinuierliche Expansion der letzten Jahre fort. Der Anteil der Lebensversicherung an den gesamten Prämieinnahmen der Versicherungswirtschaft ging dadurch weiter zurück, gleichzeitig nahm die Bedeutung der Schaden-Unfallversicherung abermals zu (Übersicht 1); 2012 entfiel knapp mehr als die Hälfte der Prämieinnahmen auf diesen Versicherungszweig.

Die Versicherungsdurchdringung setzt die Prämieinnahmen in Bezug zum nominalen Bruttoinlandsprodukt und gilt in internationalen Vergleichen als ein Maßstab für die Entwicklung des privaten Versicherungsmarktes. Der Rückgang der Einnahmen der Lebensversicherung dämpfte die Versicherungsdurchdringung in Österreich neuerlich (5,3%), trotzdem blieb der Abstand zum westeuropäischen Durchschnitt (7,7%) unverändert. Die Verbreitung von Lebensversicherungen beträgt in Westeuropa 4,6%; in Österreich ist sie mit 2,1% deutlich niedriger. Im Gegensatz dazu entspricht die Versicherungsdurchdringung in der Nicht-Lebensversicherung dem westeuropäischen Durchschnitt (3,1%).

Die Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes für Versicherungsdienstleistungen waren 2012 wieder deutlicher spürbar als im Vorjahr. Versicherer mit einem Stammsitz im Binnenmarkt können unter der Aufsicht des Stammsitzlandes grenzüberschreitend in Österreich tätig werden. 2012 nutzten 28 ausländische Versicherungsunternehmen Zweigniederlassungen in Österreich als Vertriebsweg (2011: 26); weitere 897 Unternehmen waren zum direkten Dienstleistungsverkehr angemeldet (2011: 878). Das Ausmaß der grenzüberschreitenden Aktivitäten wird erst mit einer Verzögerung von einem Jahr publiziert: Die Einnahmen der angemeldeten Versicherer stiegen 2011 im Vergleich zum Vorjahr deutlich. Über Zweigniederlassungen wurden Prämien im Ausmaß von 374 Mio. € eingenommen, über den direkten Dienstleistungsverkehr 544 Mio. €. Damit erhöhte sich der Anteil der Prämien aus dem grenzüberschreitenden Versicherungsgeschäft am österreichischen Markt auf 5,3% (2010: 4,8%).

Die Versicherungsdurchdringung war 2012 rückläufig und folgte damit dem westeuropäischen Trend.

Der Marktanteil des grenzüberschreitenden Direktvertriebes stieg auf 5,3%.

Die Internationalisierung österreichischer Versicherungsunternehmen stieg 2012 sprunghaft: Die Prämieinnahmen in Ostmitteleuropa und Südosteuropa dürften um 17,4% zugenommen haben.

Die Prämieinnahmen auf dem Inlandsmarkt werden sich 2013 verhalten entwickeln. Vor allem die Lebensversicherung dürfte sich kaum von den Rückschlägen der Vorjahre erholen.

Der westeuropäische Versicherungsmarkt litt 2012 ebenfalls unter schwierigen Rahmenbedingungen: In der Lebensversicherung behinderten historisch niedrige Zinssätze den Absatz, und in der Nicht-Lebensversicherung bewirkte die Anpassungsrezession in Ländern an der Peripherie des Euro-Raumes einen Nachfragerückgang.

Die neuen Bewertungsvorschriften für langlaufende Versicherungsverträge unter Solvency II erfordern umfangreiche Anpassungen des Solvenzkapitals. Die Einführung von Solvency II wird deshalb voraussichtlich bis 2016 aufgeschoben werden.

Die österreichische Versicherungswirtschaft konzentrierte ihre Internationalisierung schon bald nach der Öffnung Osteuropas auf Ostmitteleuropa und Südosteuropa. In dieser Region konnte sie die Prämien 2012 trotz wirtschaftlich schlechter Rahmenbedingungen auf insgesamt 7,8 Mrd. € steigern (FMA, 2013). Mit 6,8 Mrd. € wurde der Großteil dieses Volumens in EU-Ländern erwirtschaftet. Das Geschäftsvolumen in Westeuropa war hingegen mit -9,5% gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Die Einschätzung der Bedeutung des Auslandsgeschäftes für die international tätigen Gruppen mit Stammsitz in Österreich ist derzeit nur für das Jahr 2011 möglich. Mit 44,1% erreichte der Anteil der Auslandsprämien an den Gesamteinnahmen dieser Versicherungsgruppen 2011 einen neuen Höchstwert (2010: 43,6%). Erste Meldungen des Verbandes der Versicherungsunternehmen Österreichs (VVO) deuten auf eine weitere Erhöhung dieses Anteiles im Jahr 2012 hin. Die Prämieinnahmen aus Ostmitteleuropa und Südosteuropa dürften trotz teilweise widriger Umstände 2012 um 17,4% zugenommen haben (Versicherungsrundschau, Mai 2013, S. 16).

Für den Inlandsmarkt erwartet der VVO 2013 eine Stagnation der Prämieinnahmen (+0,2%); sie ist weiterhin auf den Rückgang der Umsätze in der Lebensversicherung zurückzuführen (-3,1%). In der Schaden-Unfallversicherung sollten die Prämieinnahmen um 2,3% höher ausfallen als 2012, während die Entwicklung in der Krankenversicherung stabil ist (+3,3%). Entsprechend diesen Erwartungen würde die Versicherungsdurchdringung weiter sinken.

Übersicht 1: Abgegrenzte Bruttoprämien

	Alle Sparten Mio. €	Lebens- versicherung In % des gesamten Prämienvolumens	Kranken- versicherung	Schaden- und Unfallversicherung	Versicherungsdurchdringung ¹⁾ In % des BIP
2008	18.107	40,6	8,5	50,8	5,70
2009	18.108	40,9	8,8	50,3	5,92
2010	18.713	40,0	8,8	51,2	5,84
2011	18.922	36,7	9,0	54,3	5,52
2012	18.743	34,6	9,4	56,0	5,31

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, Statistik Austria. – 1) Auf Basis verrechneter direkter inländischer Prämien.

Im Jahr 2012 entsprach die Entwicklung des österreichischen Versicherungsmarktes ungefähr dem westeuropäischen Muster. Die Konjunkturschwäche in Südeuropa und anhaltend niedrige Zinssätze bewirkten in der westeuropäischen Lebensversicherung real auf Dollarbasis einen Rückgang der Prämieinnahmen um 3,1% (Swiss Re, 2013). Die Nicht-Lebensversicherung war in den weniger stark von der Finanzmarktkrise betroffenen Ländern mehr durch Preiserhöhungen als durch Mengenausweitungen gekennzeichnet; in den Peripherieländern des Euro-Raumes verzeichnete vor allem die Kfz-Versicherung deutliche Einbußen. Insgesamt schrumpfte das reale Prämienaufkommen in der Nicht-Lebensversicherung in Westeuropa (in einheitlicher Währung) um 0,4%. In Ostmitteleuropa und Südosteuropa reichte die Entwicklung von dynamischen Versicherungsmärkten in Polen und Russland bis zu einem Rückgang in Ungarn und der Slowakei. Insgesamt dominierten die expansiven Kräfte mit einem Zuwachs von 5,1% in der Lebensversicherung und 4,8% im Bereich Nicht-Leben.

Die Bemühungen um eine einheitliche Beaufsichtigung der Versicherungswirtschaft in der EU gerieten 2012 ins Stocken. Nach Abschluss der letzten Studien zu den quantitativen Auswirkungen (QIS 5) der Einführung neuer Eigenkapitalvorschriften entsprechend Solvency II wurde ein Long Term Guarantee Assessment durchgeführt, welches Anpassungserfordernisse für die Berechnung der Eigenkapitalerfordernisse langfristiger Garantien aufdeckte. Für die Bewertung künftiger Zahlungsströme langlaufender Lebensversicherungsverträge muss die Zinsstrukturkurve weit in die Zukunft extrapoliert werden. Durch unterschiedliche Verfahren für diese Extrapolation und wegen der stark schwankenden Aufschläge für das Kreditrisiko ergab der neue Test umfangreiche Anpassungserfordernisse der Eigenkapitalunterlegung und des Eigenkapitals. Derzeit scheint eine Verschiebung der Einführung von Solvency II bis 2016 wahrscheinlich.

Zwei weitere Initiativen der Europäischen Kommission greifen in den Vertrieb von Finanzanlage- und Versicherungsprodukten ein. Mit der "Markets in Financial Instruments Directive" (MiFID) wird voraussichtlich ein Provisionsverbot für unabhängige Vermittler im Absatz von Finanzanlageprodukten eingerichtet. Die MiFID ist zum Teil Vorbild für die Insurance Intermediation Directive II (IMD II), die den Vertrieb von Versicherungsprodukten regelt. Mit ihr will die Europäische Kommission den Interessenkonflikt der Versicherungsvermittler zwischen kundenorientierter Beratung und provisionsmaximierender Fehlberatung durch eine Informationspflicht über die Höhe ihrer Vertriebsprovision beseitigen. Versicherungsvermittler beziehen einen Teil oder die gesamte Entlohnung in Form von Provisionen des Versicherungsunternehmens bei einem Vertragsabschluss. Wenn die Versicherungsnehmer die Provisionshöhe kennen, sollten sie die Anreize der Vermittler besser einschätzen können. Tatsächlich dürfte dieses Zusatzwissen die Kaufentscheidung nicht erleichtern, weil die Provision je nach Vertriebskanal unterschiedlich hoch ist und die Zusatzinformation mit anderen wichtigen Vertragspunkten – z. B. der Versicherungssumme oder Haftungsausschlüssen – um die beschränkte Aufmerksamkeit der Kunden konkurriert (Url, 2013). Die Bewertung der IMD II sollte auch potentielle negative Nebenwirkungen auf die Wettbewerbslage berücksichtigen. In einzelnen Bereichen des österreichischen Sachversicherungsmarktes ist die Marktkonzentration bereits jetzt sehr hoch. Falls die Zahl der Makler durch die Offenlegung sinkt, wird der Marktzugang für kleine heimische und für neue ausländische Versicherer erschwert.

In einer theoretischen Arbeit vergleichen Focht – Richter – Schiller (2013) die Bezahlung von Versicherungsvermittlern durch Provisionen des Versicherers mit einem Gebührenmodell, in dem die Beratungsgebühr vom Versicherungsnehmer an die Vermittler zu zahlen ist. In einem Modell, das mögliche Fehlentscheidungen des Vermittlers bei der Empfehlung von Versicherungsverträgen an Versicherungsnehmer zulässt, sind die beiden alternativen Zahlungsformen für unvollständig informierte Versicherungsnehmer in den meisten Fällen gleichwertig. In einem Gebührenmodell können unpassende Verträge vermittelt werden, falls es dem Versicherungsvermittler gelingt, ein oder wenige Versicherungsunternehmen zu Nebenzahlungen zu bewegen. Focht – Richter – Schiller (2013) schließen daraus, dass die Umstellung vom Provisions- auf das Gebührenmodell Fehlberatung nicht verhindern wird.

Mit 2,4% lag die Inflationsrate in Österreich auch 2012 über dem Zielwert der Europäischen Zentralbank. Die allgemeine Preiserhöhung fiel deutlich niedriger aus als 2011. Die Preisdynamik von Versicherungsprodukten entspannte sich nur geringfügig, trotzdem wirkten Versicherungen auch 2012 insgesamt preisdämpfend – vor allem wegen der geringen Preisanhebungen in der Krankenzusatzversicherung (Übersicht 2). Die Kfz-Teilkaskoversicherung zählte ebenso zu den stabilisierenden Faktoren. Deutlich über der allgemeinen Inflationsrate lag die Preissteigerung in der Kfz-Haftpflichtversicherung. 2013 signalisiert der Verbraucherpreisindex für die Krankenzusatzversicherung sogar einen Preisrückgang, und in der zweitwichtigsten Sparte, der Kfz-Haftpflichtversicherung dürfte 2013 nach mehreren Jahren mit überdurchschnittlichen Preissteigerungen eine Entspannung eintreten.

In der Schaden-Unfallversicherung entsprach die Schadenquote 2012 mit 67,5% dem langjährigen Durchschnitt. Während sie im Bereich der Kfz- und der Haushaltsversicherung deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt lag, war sie in der sonstigen Feuer-, der Transport- und der Leitungswasserschadenversicherung überdurchschnittlich hoch. In der Kfz-Haftpflichtversicherung setzte sich die seit Mitte der 2000er-Jahre anhaltende Periode mit niedrigen Schadenquoten fort, und auch in der Einbruch-Diebstahlversicherung beruhigte sich die Lage (2012: 47,7%, 2009: 104,4%). Anhaltend hohe Schadenquoten erzeugen für die betroffenen Versicherungsprodukte einen Preisdruck. Dies war in den letzten Jahren in der sonstigen Feuer- bzw. der Leitungswasserschadenversicherung der Fall; dementsprechend beschleunigt sich laut den vorläufigen Zahlen für 2013 die Inflation im Bereich der Eigenheimversicherung (Übersicht 2).

Die Initiativen MiFID und IMD II der Europäischen Kommission betreffen die Vermittlung von Veranlagungs- und Versicherungsprodukten und könnten erhebliche Folgen für den Versicherungsvertrieb haben.

Das Provisions- und das Gebührenmodell bringen im Versicherungsvertrieb theoretisch gleichartige Vermittlungsergebnisse. Falls Nebenzahlungen möglich sind, könnte ein Gebührenmodell sogar häufiger zu Fehlberatung führen.

Preise der Versicherungsdienstleistungen um 2,3% gestiegen

Stabile Schadenquoten in der Schaden-Unfallversicherung erzeugen 2013 wenig Druck auf weitere Preiserhöhungen. Die Preise der Eigenheimversicherungen dürften 2013 überdurchschnittlich stark steigen.

Übersicht 2: Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex

	Gewicht 2013 In %	2008	2009	2010	2011	2012	2013 ¹⁾
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tarifprämien							
Hausratsversicherung	0,296	+ 3,6	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,7	+ 2,4
Bündelversicherung für Eigenheim	0,701	+ 4,2	+ 5,6	+ 1,6	+ 3,5	+ 2,6	+ 3,2
Krankenzusatzversicherung	1,837	+ 1,4	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	- 1,3
Kfz-Haftpflichtversicherung (Pkw)	0,886	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,7	+ 3,3	+ 2,0
Kfz-Rechtsschutzversicherung	0,039	+ 2,0	- 1,2	+ 0,0	+ 1,3	+ 2,4	+ 2,3
Kfz-Teilkaskoversicherung	0,549	- 5,4	+ 3,3	+ 5,6	+ 3,3	+ 1,3	+ 3,6
Privatversicherungsformen insgesamt	4,307	+ 1,4	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,0
Verbraucherpreisindex insgesamt		+ 3,2	+ 0,5	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,3
Beitrag der Privatversicherungsformen	Prozentpunkte	+ 0,06	+ 0,14	+ 0,11	+ 0,12	+ 0,10	+ 0,04

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Jänner bis Juli.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Prämie je Risiko entspricht jener des Verbraucherpreisindex. Potentielle zusätzliche Instrumente zur Preisdiskriminierung wurden 2012 nicht eingesetzt.

Die Preisgestaltung der Schadenversicherung kann anhand der durchschnittlichen Prämie je Risiko besser eingeschätzt werden als mit Hilfe der amtlichen Preisstatistik, weil die Durchschnittsprämie auch Bonusstufen, Rabatte und Selbstbehalte berücksichtigt. Diese individuell vergebenen Ermäßigungen können beträchtliche Abweichungen vom im VPI erfassten Normvertrag bewirken. In der Schadenversicherung war dieser Effekt 2012 aber kaum spürbar: Die Zunahme der Durchschnittsprämie um 2,4% entsprach jener laut VPI. In der Kfz-Versicherung wurden die Prämien überdurchschnittlich angehoben (2012 +3,5%); in der Sachversicherung entwickelte sich die Durchschnittsprämie mit +2,7% weniger dynamisch. Nur in der Kfz-Kaskoversicherung war 2012 weiterhin eine Abnahme der durchschnittlichen Prämie je Risiko zu verzeichnen. Insgesamt scheint 2012 eine etwa fünfjährige Periode intensiven Preiswettbewerbes mit sinkenden Durchschnittsprämien zu Ende gegangen zu sein. Der österreichische Markt teilt diese Entwicklung mit dem deutschen und dem französischen Versicherungsmarkt; auch dort waren die Prämiensteigerungen der Versicherer überwiegend auf Preiserhöhungen zurückzuführen (Swiss Re, 2013).

Neugeschäft in der Lebensversicherung 2012 rückläufig

Die Zahl der neu abgeschlossenen Lebensversicherungsverträge lag 2012 um 3,4% unter dem Vorjahreswert; die damit verbundene Versicherungssumme war sogar um 11,1% niedriger.

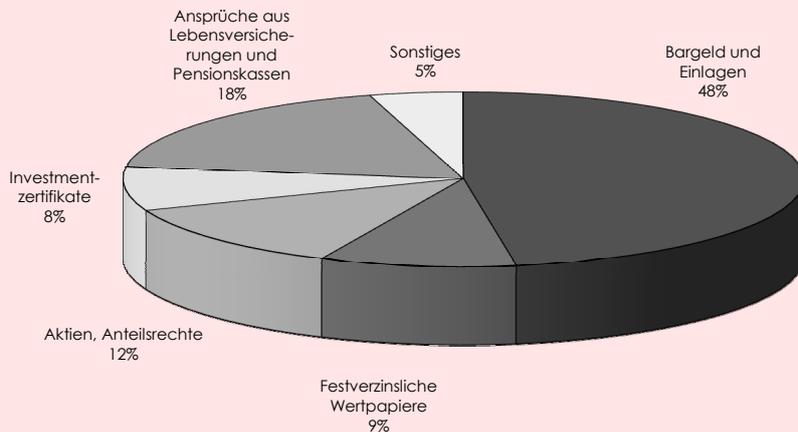
Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm 2012 real um 0,6% zu. Der Kaufkraftanstieg wurde zu einer mäßigen Steigerung der Konsumausgaben (+0,5%) und der Sparquote (2011: 7,4%, 2012: 7,7%) genutzt. Diese für den Vermögensaufbau günstige Konstellation machte sich in einer Ausweitung des Geldvermögens gegenüber dem Vorjahr um 3,7% bemerkbar. Die Verteilung des Vermögens auf die einzelnen Anlageformen änderte sich bis auf kleine Verschiebungen von Bargeld und Einlagen zu den Anteilsrechten und Investmentzertifikaten kaum (Abbildung 1). Anhaltend niedrige Geldmarktzinssätze veranlassten die privaten Haushalte zum Abbau kurzfristiger Geldmarktveranlagungen, und der Anstieg der Wertpapierpreise zum Jahresende 2012 erzeugte einen positiven Preiseffekt für Anteilsrechte und Investmentzertifikate. Insgesamt blieb das Risikobewusstsein der Anleger 2012 hoch, sodass auch der Anteil der Ansprüche an Lebensversicherungen und Pensionskassen am Geldvermögen etwas zunahm (von 18,3% 2011 auf 18,4% 2012).

Das Neugeschäft war in der Lebensversicherung 2012 rückläufig. Mit etwas über 2 Mio. neuen bzw. geänderten Verträgen sank die Zahl der Neuabschlüsse um 3,4%, die damit verbundene Versicherungssumme war sogar um 11,1% niedriger als im Vorjahr. Innerhalb der einzelnen Lebensversicherungssparten verlagerten sich die Vertragsabschlüsse von der Kapitalversicherung (-6,9%) und der fonds- oder indexgebundenen Lebensversicherung (-18,6%) zu den Rentenversicherungen (+81,6%). Ob diese Verschiebung eine Folge der Umstellung der Sterbetafeln für das Lebensversicherungsgeschäft auf Unisex-Tarife am 21. Dezember 2012 war oder aus einem erhöhten Bedarf an Rentenversicherungen hervorging, kann erst nach Vorliegen der Daten für das Jahr 2013 beurteilt werden. Jedenfalls sind Rentenversicherungen für Männer seit Einführung der Unisex-Tarife deutlich teurer, sodass 2012 Vorzieheffekte wahrscheinlich sind. Die Kreditrestschuldversicherung spiegelt die nach wie vor verhaltene Kreditnachfrage der privaten Haushalte wider; 2012 nahm nur die ausstehende Kreditsumme der Wohnbaukredite zu. Gemäß den bisher vorliegenden Da-

ten bis Juni 2013 wird nunmehr auch der Bestand an Wohnbaukrediten abgebaut, sodass für das laufende Jahr in diesem Zweig mit einer weiteren Eintrübung zu rechnen ist.

Abbildung 1: Verteilung des privaten Geldvermögens

2012



Q: OeNB. Gesamtes Geldvermögen: 483,8 Mrd. €.

Die Prämieinnahmen der Lebensversicherung waren 2012 auf breiter Front rückläufig. Diese Entwicklung betraf sowohl die klassische wie auch die fonds- oder indexgebundene Lebensversicherung (Übersicht 3). Obwohl die Entwicklung durch den anhaltenden Verfall der Einmalergläge (-18,8%) geprägt war, trübte sich das Geschäft 2012 auch in der Lebensversicherung mit laufender Einzahlung ein, die Prämieinnahmen blieben um 4% unter dem Vorjahreswert. Am besten behauptete sich die fonds- oder indexgebundene Lebensversicherung mit laufenden Prämien (-1,3%). Zu diesem Vertragstyp zählt auch die prämiengünstige Zukunftsvorsorge, die 2012 trotz steigender Vertragszahlen ebenfalls einen leichten Rückgang der Prämieinnahmen verzeichnete (um 0,5% auf knapp 1 Mrd. €). Damit steigerte die Versicherungswirtschaft ihren Marktanteil an dieser Form der geförderten Altersvorsorge auf knapp 94%. Erste Schätzungen deuten einen Rückgang der durchschnittlichen jährlichen Prämie je Vertrag auf 643 € an (2011: 668 €). Die Halbierung des Fördersatzes für das Jahr 2012 auf 4,25% der Prämienzahlung hatte also nur geringe Auswirkungen auf die Vertragszahlen, sondern beeinflusste eher die Höhe der Einzahlung je Vertrag.

Das niedrige Zinsniveau hat weiterhin negative Rückwirkungen auf die Förderprämie für die prämiengünstige Zukunftsvorsorge. Sie wäre auch 2013 unter der gesetzlichen Untergrenze von 4,25% gelegen und wurde daher mit dem Mindestwert festgesetzt. Da die Sekundärmarktrendite laut bisher vorliegenden Daten im Jahr 2013 anhaltend niedrig war, wird der Fördersatz 2014 ebenfalls 4,25% betragen. Gefördert werden 2013 Einzahlungen in die prämiengünstige Zukunftsvorsorge von höchstens 2.445,50 €, 2014 wird sich die Obergrenze voraussichtlich auf 2.504 € erhöhen.

Um die Attraktivität der privaten Altersvorsorge zu steigern, wurden 2013 einige Rahmenbedingungen für die Kapitalveranlagung in der prämiengünstigen Zukunftsvorsorge angepasst. Die Reform war auch durch das erstmalige Ausreifen von Verträgen mit einer Mindestlaufzeit von zehn Jahren im Jahr 2013 bestimmt und sollte das Kapital abreifender Verträge innerhalb der Zukunftsvorsorge halten. Die Anbieter dürfen ab 1. August 2013 nur mehr Produkte mit einer Veranlagung entsprechend dem Lebenszyklusmodell anbieten, d. h. der vorgeschriebene Mindestanteil

Die Abnahme der Einmalergläge war 2012 für den Rückgang der Prämieinnahmen in der Lebensversicherung bestimmend, aber auch die Einnahmen aus Verträgen mit laufenden Prämien blieben unter dem Vorjahresergebnis.

Die Förderung für die prämiengünstige Zukunftsvorsorge entspricht 2013 wegen des niedrigen Zinsniveaus auf dem Sekundärmarkt dem Mindestwert von 4,25% der Prämienzahlung.

Neue Veranlagungsvorschriften sollen die prämiengünstige Zukunftsvorsorge attraktiver machen. Aktuelle Entscheidungen des OGH erschweren jedoch deren Umsetzung.

von Aktien im Portefeuille liegt für unter 50-jährige Versicherte zwischen 15% und 60% des veranlagten Kapitals, für über 50-Jährige zwischen 5% und 50%. Die Bandbreiten ermöglichen gleichzeitig eine flexiblere Veranlagungspolitik, senken die Kosten der Kapitalgarantie und das Veranlagungsrisiko für ältere Versicherte. Die Umsetzung des Lebenszyklusmodells in der Veranlagungspolitik wird jedoch durch zwei Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes vom 9. Mai 2012 und 14. November 2012 unterlaufen. Darin wird der Widerspruch zwischen den im Versicherungsvertragsgesetz vorgesehenen Kündigungsmöglichkeiten für Versicherungsnehmer und den steuerrechtlichen Mindestlaufzeiten zugunsten des Kündigungsrechtes gelöst (Palten, 2013); d. h. den Versicherungsnehmern steht nach 10 Jahren ein Kündigungsrecht zu, und längere Vertragslaufzeiten sind rechtlich nicht bindend. Damit werden langfristige Veranlagungspläne des Versicherungsunternehmens im Rahmen eines Lebenszyklusmodells durch Kündigungsentscheidungen nach Ablauf der vom OGH zugelassenen Mindestdauer von 10 Jahren gestört. Versicherer werden einen größeren Liquiditätspuffer benötigen, während die Auswirkung auf Kapitalanlagegesellschaften noch unklar ist.

Übersicht 3: Lebensversicherung

	Bruttoprämien Abgegrenzt Mio. €	Nettoprämien ¹⁾ Mio. €	Selbstbehalt- quote In %	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Aufwen- dungen für Versicherungs- fälle Mio. €	Erhöhung der versicherungs- technischen Rückstellungen
2008	7.359	7.076	96,1	1.641	5.473	814
2009	7.398	7.188	97,2	1.883	5.799	3.256
2010	7.483	7.268	97,1	2.208	5.854	3.221
2011	6.939	6.704	96,6	1.846	6.651	316
2012	6.488	6.269	96,6	2.200	6.407	2.448
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
2008	+ 2,2	+ 2,4	+ 0,3	- 32,3	+ 9,6	- 73,2
2009	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 14,7	+ 5,9	+ 299,9
2010	+ 1,1	+ 1,1	- 0,0	+ 17,3	+ 1,0	- 1,1
2011	- 7,3	- 7,8	- 0,5	- 16,4	+ 13,6	- 90,2
2012	- 6,5	- 6,5	+ 0,0	+ 19,2	- 3,7	+ 675,9

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – ¹⁾ Geschätzt.

In der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge wurden auch die Vorschriften zur Veranlagung von Aktien auf unterentwickelten Börseplätzen gelockert.

Eine weitere Änderung, die das Verlustrisiko in Zukunft senken wird, betrifft die Beschränkung der Aktieninvestitionen auf unterentwickelte Börseplätze. Diese ursprünglich zur Förderung der Wiener Börse gedachte Einschränkung hat sich in der Finanzmarktkrise als besonders verlustträchtig erwiesen. Gerade in Krisenzeiten neigen kleine und wenig liquide Börseplätze zu besonders hohen Kursausschlägen. So erklärt sich auch der starke Einbruch des ATX um 35% (2011) oder 61% (2008) relativ zum in Euro umgerechneten Weltmarktindex MSCI mit -4% (2011) bzw. -38% (2008)¹⁾. In Zukunft muss der Anteil von Aktieninvestitionen an unterentwickelten Börseplätzen mindestens 60% betragen. Für Vorsorgewillige interessant wird auch der künftig vorgeschriebene Ausweis der Abschluss- und Verwaltungskosten und der Kosten für eine Prämienfreistellung vor Vertragsabschluss. Eher verwirrend dürfte hingegen die Auskunftspflicht über die Veranlagungsstrategie und die Vor- und Nachteile der eingesetzten Absicherungsinstrumente wirken.

Die deutliche Zunahme der Volatilität der Erträge der Finanzgebarung erschwert seit einigen Jahren die kontinuierliche Dotierung der Deckungsrückstellung.

Die Kapitalerträge aus der Veranlagung des Deckungsstockes sind für Lebensversicherer einerseits eine Quelle zur Dotierung der Gewinnbeteiligung für die Versicherten und andererseits eine wichtige Grundlage für die Profitabilität des Geschäftes. Als langfristig orientierte Anleger mit einem Schwerpunkt auf festverzinslichen Wertpapieren sollten sie daher vergleichsweise stetige Kapitalerträge erwirtschaften, die eine kontinuierliche Dotierung der Deckungsrückstellung ermöglichen. Seit dem Jahr

¹⁾ Dezember-Durchschnitt im Vorjahresvergleich.

2001 hat jedoch die Zunahme der Volatilität auf den Finanzmärkten Folgen für die Rechnungsabschlüsse der Lebensversicherer. Der Überschuss aus der Finanzgebarung nahm 1980/2000 in den meisten Jahren gleichmäßig zu. Seit 2001 schrumpften die Kapitalerträge mehrmals, die Ausschläge waren wesentlich größer (Abbildung 2). Die Standardabweichung der Veränderungsrate betrug in der ersten Periode 8,6% und nach 2001 23%. Die Puffer zum Ausgleich großer Schwankungen der Kapitalerträge sind einerseits die Rückstellungsdotierung, die 2012 wieder auf ein durchschnittliches Niveau zurückkehrte, und andererseits das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, das 2012 kräftig auf 357 Mio. € zunahm (2011: 194 Mio. €) und eine Steigerung der Eigenkapitalrendite auf 12,2% ermöglichte (2011: 7,1%).

Abbildung 2: Überschuss aus der Finanzgebarung in der Lebensversicherung



Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, WIFO-Berechnungen.

Die Gesundheitspolitik setzte 2012 ihre Bemühungen um Kostensenkungen in der öffentlichen Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen fort. Im Jahr 2011 wurden laut OECD in Österreich insgesamt 11% des BIP für gesundheitsbezogene Aufwendungen ausgegeben; damit liegt Österreich etwas hinter Deutschland (11,6%) und der Schweiz (11,4%), aber deutlich über dem Durchschnitt der OECD-Länder von 9,6%. Der Großteil der Ausgaben wurde in Österreich von der öffentlichen Hand finanziert (77,7%), der Rest durch private Krankenzusatzversicherungen, Eigenleistungen der Versicherten und aus anderen Quellen. Das 2013 beschlossene Gesundheits-Zielsteuergesetz (BGBl. I Nr. 81/2013) sieht die Ausarbeitung von Vierjahresplänen mit Zielvorgaben für das öffentliche Gesundheitswesen vor. Diese begrenzen die Kostensteigerung im öffentlichen Gesundheitswesen auf 3,6% pro Jahr. Ausgehend von den Vorgaben des Bundes-Zielsteuerungsvertrages werden in entsprechenden Landes-Zielsteuerungsverträgen Ziele vereinbart und deren Einhaltung kontrolliert. Der Sanktionsmechanismus bei Zielverfehlung besteht in der Veröffentlichung eines Berichtes über die Verfehlungen durch das Gesundheitsministerium.

Die Verlagerung der Behandlung aus dem stationären in den ambulanten Bereich soll den größten Beitrag zur Dämpfung des Kostenanstieges leisten. Durch Nutzung interdisziplinärer zentraler Aufnahme- und Erstversorgungseinheiten sollen medizinisch nicht erforderliche ambulante oder stationäre Behandlungen in den Spitälern vermieden werden. Das Fehlen einer Verschränkung zwischen Finanzierungsstruktur und Leistungserstellung wurde mit dem neuen Gesetz nicht beseitigt, die Sozialversicherung als größter Zahler im System soll jedoch ein stärkeres Mitspracherecht im Gesundheitsmanagement erhalten. Da die Verlagerung der Leistungserstellung von den Spitälern in den niedergelassenen Bereich eine Kostensteigerung für die Gebietskrankenkassen bewirken wird, bleibt abzuwarten, ob die verbesserte Koordination zwischen Bund, Ländern und Gebietskrankenkassen die dadurch entstehenden Anreizprobleme korrigiert. Wie ein internationaler Vergleich zeigt, geht die Verpflich-

Ungebremste Zunahme der Schaden- und Leistungsfälle in der Krankenzusatzversicherung

Das Gesundheits-Zielsteuergesetz soll eine Verlagerung der Leistungserstellung von den Spitälern in den niedergelassenen Bereich bewirken.

Sowohl die Zahl der Spitalsaufenthalte als auch die der Spitalstage gingen 2012 zurück. In der Krankenzusatzversicherung stiegen die Fallzahlen dennoch weiter ungebremst.

tung zu Eigenleistungen der Versicherten in der Regel mit niedrigeren Gesundheitsausgaben pro Kopf einher (OECD, 2011). Die österreichische Gesundheitspolitik schließt jedoch derzeit eine substantielle Anhebung der Selbstbehalte als alternatives Instrument zur Dämpfung der Gesundheitskosten aus.

Die bisherigen Versuche zur Eindämmung des Kostenwachstums zeigten zumindest 2012 erste Erfolge: Die Zahl der Spitalsaufenthalte war mit 2,486.106 Fällen annähernd gleich hoch wie im Vorjahr, und die Zahl der Spitalstage wurde um 1,7% gesenkt. Die private Krankenversicherung profitierte von diesem allgemeinen Trend nicht. Mit +3,5% war die Zunahme der Schaden- und Leistungsfälle 2012 gleich hoch wie im Vorjahr. Da auch die Prämieinnahmen in diesem Ausmaß stiegen, verharrte die Schadenquote in der Krankenversicherung auf dem vergleichsweise niedrigen Niveau des Vorjahres. Die Steigerung der Prämieinnahmen hatte sowohl Mengen- als auch Preiseffekte als Ursache: Einerseits wurde die Zahl der versicherten Risiken um 1,5% ausgeweitet, und andererseits wurden Preissteigerungen durchgesetzt (Übersicht 2). Die Rückstellungsdotierung entsprach 2012 dem Niveau des Vorjahres. Höhere Kapitalerträge ermöglichten eine Verbesserung des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (2012: 99,3 Mio. €) und den Aufbau von Eigenkapital. Dadurch blieb die Eigenkapitalrendite in der Krankenversicherung mit 29,1% nahezu unverändert (2011: 28,9%; Übersicht 4).

Übersicht 4: Private Krankenversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Aufwendungen für Versicherungs- fälle	Schadenquote	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Erhöhung der versicherungs- technischen Rückstellungen
	Mio. €	Mio. €	In %		Mio. €
2008	1.542	1.095	71,0	94	218
2009	1.599	1.115	69,8	123	259
2010	1.644	1.126	68,5	163	277
2011	1.704	1.145	67,2	143	305
2012	1.762	1.192	67,6	160	302
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
2008	+ 3,5	+ 2,7	- 0,7	- 18,4	- 14,0
2009	+ 3,7	+ 1,8	- 1,8	+ 31,7	+ 19,0
2010	+ 2,8	+ 1,0	- 1,8	+ 32,2	+ 6,8
2011	+ 3,6	+ 1,7	- 1,8	- 12,3	+ 10,2
2012	+ 3,4	+ 4,0	+ 0,6	+ 12,0	- 1,2

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Positives versicherungstechnisches Ergebnis in der Schaden-Unfallversicherung

Die Entwicklung der Schaden-Unfallversicherung war 2012 durch eine schwache Zunahme der versicherten Risiken und eine überdurchschnittliche Erhöhung der Schaden- und Leistungsfälle geprägt. Besonders deutlich machten sich die Kaufzurückhaltung der privaten Haushalte und die zögerliche Investitionsbereitschaft der Unternehmen im Rückgang der Kfz-Neuzulassungen bemerkbar (-4,7%). Vor diesem Hintergrund sanken die versicherten Kfz-Risiken um 0,8%. Gleichzeitig nahmen die Schaden- und Leistungsfälle in der Kfz-Versicherung als Folge des erheblichen Anstieges der Verkehrsunfälle um 4% zu. Mehr als die Hälfte der Zunahme der Verkehrsunfälle entfiel auf Niederösterreich und Wien. Die unterschiedliche Dynamik von Risiken (+1,5%) bzw. Schaden- und Leistungsfällen (+6,7%) war auch in der Schadenversicherung spürbar. Nennenswerte Abweichungen von diesem Muster waren in der Maschinen- und Elektrogeräteversicherung bzw. in der Maschinen-Betriebsunterbrechungsversicherung zu beobachten: In diesen Sparten wurde der versicherte Bestand erheblich ausgeweitet, während die Schadenfälle kaum zunahmten. Trotz der Flaute in der Kreditvergabe an private Haushalte (2012 +0,7%) meldete die Kreditversicherung ein überdurchschnittliches Wachstum des Risikokollektivs (+4,7%).

Die Umsetzung einer vollen Absicherung gegen Naturkatastrophen durch private Versicherungen kam im Herbst 2012 einen Schritt voran: Der Ministerrat beschloss einen Aktionsplan zur Anpassung an den Klimawandel. Dieser Plan enthält die Einführung einer kombinierten Feuer- und Naturkatastrophenversicherung, die Schäden aus Naturereignissen vollständig decken soll. Die Versicherungswirtschaft strebt dabei eine möglichst breite Abdeckung der Risiken von Hochwasser und Erdbeben bis zu Lawinen an. Die Akzeptanz einer solchen Bündelversicherung könnte größer sein als die einzelner Verträge. Eine risikogerechte Prämiengestaltung und die ausreichende Berücksichtigung von Vorsorgemaßnahmen in der Bemessung der Prämien sind notwendig, um die Zustimmung der Bevölkerung zu erhöhen und die mit einer Versicherungslösung erreichbaren Ziele tatsächlich umzusetzen (Sinabell – Url, 2006, 2008). Die Bündelversicherung wird vermutlich durch eine staatliche Rückdeckung für Extremereignisse abgesichert werden; dafür stehen im Notfall auch EU-Mittel zur Verfügung. Die Europäische Kommission beschäftigt sich ebenfalls mit Versicherungslösungen für die Abdeckung von Schäden aus Naturkatastrophen und befindet sich gerade in der Konsultationsphase des Grünbuches zu diesem Thema (Europäische Kommission, 2013).

Die Überlegungen zu einer privaten Vollversicherung gegen Schäden durch Naturkatastrophen in Österreich kamen mit einem Ministerratsbeschluss einen Schritt weiter.

Das Wachstum der Prämieinnahmen in der Schaden-Unfallversicherung verlangsamte sich 2012 deutlich (Übersicht 5). Das war in erster Linie auf den Rückgang der versicherten Risiken in der Kfz-Versicherung bzw. deren schwache Entwicklung in der Schadenversicherung zurückzuführen. Andererseits zeigen sowohl die Erhebungen des Verbraucherpreisindex (Übersicht 2) als auch die Höhe der durchschnittlichen Prämie für Schadenversicherungen, dass die Branche 2012 auf breiter Basis höhere Preise durchsetzen konnte. Durch die starke Steigerung der Aufwendungen für Versicherungsfälle näherte sich die Schadenquote wieder dem langfristigen Mittelwert. Die vergleichsweise geringe Ausweitung der versicherungstechnischen Rückstellungen erlaubte 2012 ein ausgeglichenes versicherungstechnisches Ergebnis. Angesichts niedriger Renditen in der Neuveranlagung ist ein erfolgreiches Kerngeschäft eine entscheidende Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes. Steigende Finanzerträge erlaubten 2012 eine Verbesserung des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit auf 938,2 Mio. €; die Rendite auf das Eigenkapital zog auf 10,7% an (2011: 9,8%).

Der Anstieg der Prämieinnahmen in der Schaden-Unfallversicherung ging 2012 überwiegend auf Preiserhöhungen zurück.

Übersicht 5: Schaden- und Unfallversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Überschuss aus der Finanzgebarung	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Mio. €			
2008	9.205	584	6.340	1
2009	9.112	697	6.811	11
2010	9.586	828	6.323	21
2011	10.279	901	6.690	31
2012	10.493	1.046	7.086	12
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
2008	+ 0,4	- 33,6	+ 2,0	- 96,3
2009	- 1,0	+ 19,2	+ 7,4	+ 747,5
2010	+ 5,2	+ 18,8	- 7,2	+ 87,1
2011	+ 7,2	+ 8,8	+ 5,8	+ 49,7
2012	+ 2,1	+ 16,2	+ 5,9	- 60,4

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Die Zinslandschaft war in der EU auch 2012 durch die Bemühungen der Europäischen Zentralbank (EZB) um eine weitgehend reibungslose Versorgung aller Kreditinstitute mit Liquidität geprägt. Als weiteren konjunkturpolitischen Impuls senkte die EZB im Juli 2012 den Hauptrefinanzierungssatz um 25 Basispunkte auf 0,75%. Die Geldmarktzinssätze für Laufzeiten bis zu 1 Jahr lagen schon davor regelmäßig unter den Leitzinsvorgaben der EZB, sodass 2012 mit kurzfristigen Veranlagungen kaum nennenswerte Erträge zu erwirtschaften waren. 2013 ist keine Änderung der Lage ab-

Rückgang des Finanzertrages drückt Veranlagungsrendite der Versicherungen

Die niedrigen Sekundärmarktrenditen der letzten Jahre veranlassten die Finanzmarktaufsicht 2012 zur Senkung des Höchstzinssatzes in der Lebensversicherung von 2% auf 1,75%.

Der Rückgang der Renditen auf Staatspapiere erlaubte 2012 ein deutlich kleineres Abschreibungsvolumen für Veranlagungen in festverzinslichen Staatspapieren als im Vorjahr.

sehbar, weil die EZB im Mai 2013 den Hauptrefinanzierungssatz abermals um 0,25 Prozentpunkte senkte und in ihrem aktuellen Ausblick keine Änderung der Geldpolitik ankündigte.

Im Jahresverlauf 2012 bildeten sich die außerordentlich hohen Risikoprämien für Staatsanleihen der Peripherieländer des Euro-Raumes wieder zurück. Der direkte Ankauf von Wertpapieren durch die EZB zeigte erste Erfolge. Die Flucht in sichere Wertpapiere hielt dennoch an; die Sekundärmarktrendite auf deutsche Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren erreichte im Dezember mit 1,3% den Tiefpunkt. Die Annäherung der Zinssätze an das niedrigere deutsche Niveau bringt Anlegern zwar Kursgewinne, gleichzeitig wird aber eine ertragreiche und risikoarme Neuveranlagung, die das Erreichen der garantierten Mindestverzinsung von Lebensversicherungen ermöglicht, immer schwieriger. Die Finanzmarktaufsicht entschloss sich daher im Herbst 2012, den höchstmöglichen Zinssatz zur Berechnung von Tarifen und versicherungstechnischen Rückstellungen in Lebensversicherungsverträgen von 2% auf 1,75% zu senken (BGBl II Nr. 354/2012). Er wurde für Verträge, die ab dem 21. Dezember 2012 abgeschlossen wurden, bindend wirksam.

Die Aktienmärkte machten 2012 einen Teil der Kursverluste aus den Vorjahren wieder wett. Der MSCI-Weltmarktindex zog auf Euro-Basis um 17,2% an (Ende 2012), der stärker schwankende Wiener ATX sogar um 28,5%²⁾. Die Wertsteigerungen auf dem Wiener Markt sind für die Veranlagung des Deckungsstockes der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge relevant, weil er zu den unterkapitalisierten Börseplätzen zählt.

Die Kursgewinne an den Aktienbörsen und mit Staatsanleihen von Ländern an der Peripherie des Euro-Raumes reichten 2012 nicht für eine weitere Steigerung der Erträge aus Kapitalanlagen und der Zinserträge der Lebensversicherungswirtschaft. Die Rendite auf die versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen war höher als im Vorjahr (Übersicht 6), weil sich die Aufwendungen für Kapitalerträge bzw. Zinsaufwendungen mehr als halbierten. Kursverluste, die ebenfalls unter dieser Position verbucht werden, konnten 2012 weitgehend vermieden werden. Aufgrund der langfristigen Veranlagungsstrategie der Versicherungswirtschaft mit einem durchmischten Portfolio aus alten und neuen Wertpapieren entwickelt sich die durchschnittliche Verzinsung des veranlagten Kapitals wesentlich glatter als die Sekundärmarktrendite. Dadurch weitete sich der Abstand zur Sekundärmarktrendite des Bundes 2012 auf nahezu 3 Prozentpunkte aus. In den nächsten Jahren sollte sich die anhaltend niedrige Sekundärmarktrendite auf festverzinsliche Anleihen negativ auf die Veranlagungsrendite der Versicherungswirtschaft auswirken.

Übersicht 6: Renditen der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Sekundärmarktrendite Bund	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung
	In %			
2007	4,3	5,2	3,1	6,2
2008	4,1	3,4	2,4	3,6
2009	3,3	3,8	3,1	3,8
2010	2,5	4,5	3,9	3,9
2011	2,6	3,7	3,3	3,9
2012	1,5	4,3	3,5	4,5

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, WIFO-Berechnungen.

Literaturhinweise

Europäische Kommission, Grünbuch Versicherung gegen Naturkatastrophen und von Menschen verursachte Katastrophen, COM(2013)213 final, Brüssel, 2013, http://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXIV/EU/11/17/EU_111745/imfname_10399763.pdf.

FMA, Jahresbericht der Finanzmarktaufsichtsbehörde 2012, Wien, 2013.

Focht, U., Richter, A., Schiller, J., "Intermediation and (Mis-)Matching in Insurance Markets – Who Should Pay the Insurance Broker?", Journal of Risk and Insurance, 2013, 80(2), S. 329-350.

OECD, Health at a Glance 2011, Paris, 2011.

²⁾ Dezember-Durchschnitt im Vorjahresvergleich.

- Palten, E., "OGH: Aktuelle Entscheidungen – und 7 Ob 216/11g im Licht des VersRÄG 2012", Versicherungs-rundschau, 2013, (6), S. 21.
- Sinabell, F., Url, Th., Versicherungen als effizientes Mittel zur Risikotragung von Naturgefahren, WIFO, Wien, 2006, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/28181>.
- Sinabell, F., Url, Th., Flood Risk Exposure in Austria – Options for Bearing Risk Efficiently', Schmollers Jahrbuch, 2008, 128(4), S. 593-614.
- Swiss Re, "World Insurance in 2012", Sigma, 2013, (3).
- Url, Th., "Auswirkung der Offenlegung von Vergütungen für die Versicherungsvermittlung", in Gisch, E., Kronsteiner, F., Riedlsperger, G., "Versicherungsvermittlung in Österreich", Neuer Wissenschaftlicher Verlag, 2013, S. 151-169.

Life Insurance Business Continues to Suffer from Low Interest Rates – Summary

The western European private insurance market continued to suffer during 2012 from the repercussions of the financial market and sovereign debt crisis. The life insurance branch saw premium volumes decline, while non-life insurance business contracted in the EU periphery countries. Even in countries less affected by the sovereign debt crisis, higher premium revenues were mainly driven by price increases. The Austrian market exhibited by and large the same pattern. Life insurers lost 6.5 percent in premium revenues from the previous year, against an increase of 2.1 percent in the property and accident insurance. With a 3.4 percent plus in premium receipts, private health insurance was the only branch to stay resilient and even raised the number of insured risks by 1.5 percent. Premium revenues overall edged down by 0.9 percent year-on-year, further lowering insurance penetration to 5.3 percent of GDP. Premium revenues in 2013 are expected to stagnate (+0.2 percent). In 2012 Austria's internationally operating insurance companies were able to compensate losses on the domestic market by further expanding in central, eastern and south-eastern Europe.

Prices for insurance services included in the Austrian consumer price index increased by an average 2.3 percent in 2012, with the strongest inflation recorded for motor third party, household property and owner-occupied home insurance. The trend increase is confirmed by the average-premium-per-risk indicator which also accounts for premium discounts. The loss ratio in property insurance was close to its long-term average in 2012, exerting little upward pressure on prices for current operations in 2013.

On the basis of a small increase in the number of insured risks in indemnity insurance and higher prices, insurance companies not only succeeded in raising sales revenues, but also achieved a balanced result in the technical account. This is vital for the further viability of insurance companies, given the low returns on assets. The yield on invested insurance capital rose to 4.3 percent (life insurance) and 4.5 percent (non-life insurance) in 2012, mainly owing to lower depreciation rates for securities.